

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 138 (1972)

Heft: 10

Artikel: Als die Kavallerie noch eine Kampftruppe war

Autor: Eggermann, Anton

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-47248>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Als die Kavallerie noch eine Kampftruppe war

Anton Eggermann

Vorbemerkung der Redaktion. Wir begnügen uns damit, zu der nachgerade überständigen Diskussion um die Umgestaltung unserer Kavallerie einen historischen Beitrag zu liefern, weil wir die Vergangenheitsform als der Natur des Themas allein gemäß erachten. Wollte man sich durch die nachfolgend dargestellte amüsante Begebenheit, die sich vor rund hundert Jahren zugetragen, zu einigen Überlegungen anregen lassen, dann wohl vor allem zu diesen, daß es nicht erst heute verschiedene Verwendungsmöglichkeiten für Pferde gibt. Wenn in unserer Zeit das Pferd in einer Kampftruppe nichts mehr zu suchen hat und demzufolge die Umbewaffnung der kavalleristischen Verbände eine schon längst überfällige Anpassung an die modernen Verhältnisse darstellt, bedeutet dies keineswegs, daß das Pferd – zumal angesichts der topographischen Besonderheiten unseres Landes – als Transportmittel im Dienste der Versorgung ebenfalls unbrauchbar geworden wäre. Es ist nachgerade an der Zeit, die emotionell verfälschte öffentliche Diskussion um den «Endkampf der Kavallerie» auf die sachlichen Gegebenheiten zurückzuführen. Sbr

Vor rund 100 Jahren zählte zu den namentlich von unserem südlichen Nachbarn sehr geschätzten und begehrten schweizerischen Exportartikeln auch das für zivile und besonders für militärische Zwecke verwendbare Zuchtferd. Bei Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Preußen und dem mit diesem verbündeten Königreich Italien im Jahre 1866 erließ der schweizerische Bundesrat ein striktes Ausfuhrverbot für Pferde. Nicht nur deshalb, weil unser Land mit eingetretener drohender Kriegsgefahr selber großen Pferdebedarf für den militärischen Grenzschutz hatte. Es galt auch, gegenüber den kriegführenden Parteien das Prinzip der Neutralität hochzuhalten, wozu vor allem die Unterbindung der Ausfuhr von kriegswichtigem Material gehörte, war doch das Kavalleriepferd noch im letzten Jahrhundert eine «Offensivwaffe» par excellence.

Das Ausfuhrverbot verdroß verständlicherweise den italienischen Generalstab, der es ohnehin schwer hatte, sich gegen seinen österreichischen Gegner auf dem Schlachtfeld zu behaupten. Demonstrativer Ausdruck dieser Verärgerung war, daß der italienische Oberbefehlshaber es ablehnte, den von der Schweiz als Beobachter der kriegerischen Operationen nach Italien abgeordneten Obersten Aubert in das offizielle ausländische Beobachterkorps aufzunehmen. Aubert war vom Bundesrat für jene Aufgabe ausersehen worden wegen seiner ausgezeichneten militärischen Qualifikation, die er sich erworben hatte als ehemaliger enger Mitarbeiter von General Dufour, als Experte für Militärstraßen, Geniechef und Truppenführer auf Divisionsebene. Oberst Aubert mußte somit unverrichteter Dinge wieder zurückkehren. Am italienischen Mißfallen war allerdings nicht allein das unserem lieben Grenznachbar vorenthaltene Kavalleriepferd schuld, sondern es sollen, wie unserem Gesandten Pioda aus Regierungskreisen in Florenz ganz vertraulich zur Kenntnis gebracht wurde, noch andere, zeitlich weit zurückliegende, mehr oder weniger an den Haaren herbeigezogene und der Schweiz angelastete angeblich unfreundliche oder sogar neutralitätswidrige Handlungen dazu beigetragen haben.

Schon 4 Jahre später, bei unmittelbar bevorstehendem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges der Jahre 1870/71 war der Bundesrat genötigt, aus den gleichen Gründen wie

1866 wiederum ein generelles Ausfuhrverbot für Pferde zu erlassen. In diesem Krieg, der die machtpolitischen Gewichte in Europa verschob, hatte es zwar Italien vorgezogen, den Status der bewaffneten Neutralität zu wählen und während der ganzen Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen beizubehalten, obschon seinerseits auch eine Partnerschaft mit Frankreich im Bereiche der Möglichkeiten stand, weshalb Teile der italienischen Armee in Marsch- und Kriegsbereitschaft versetzt wurden. Diesmal unterblieb eine repressive Maßnahme Italiens gegenüber der Schweiz. Von parlamentarischer Seite interpelliert, begnügte sich die italienische Regierung, durch ihren Gesandten Melegari in Bern beim Bundesrat vorstellig zu werden, die Aufhebung oder doch Milderung jenes Ausfuhrverbotes zu erwirken. Melegari, schon als Flüchtling in der frühen Risorgimento-Epoche in unser Land gekommen (er hatte während einiger Jahre einen Lehrstuhl für Staatsrecht an der Universität Lausanne inne), war mit den schweizerischen Verhältnissen bestens vertraut und erwarb sich auch um das Zustandekommen der Gotthardbahn große Verdienste. Er erstattete unterm 8. August 1870 seiner Regierung in Florenz einläßlichen Bericht über den Ausgang seiner Bemühungen, dem wir folgendes entnehmen¹:

Er habe Bundesrat Dubs, den derzeitigen Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes (mit dem Melegari persönlich ausgezeichnet verstand), an sein anläßlich des Abschlusses des Handelsvertrages zwischen Italien und der Schweiz im Jahre 1868 abgegebenes Versprechen erinnert, demzufolge die Schweiz ein Ausfuhrverbot für Pferde nur dann erlassen werde, wenn dies die eigenen militärischen Bedürfnisse unbedingt erfordern würden, nie aber aus politischen Gründen. Dubs habe ihm hierauf erwidert, daß die Schweiz seit ihrem Bestehen sich noch nie in so kritischer Zwangslage mit Bezug auf die Wahrung ihrer Neutralität befunden habe wie eben jetzt, weshalb Dubs glaube, er sei seinem Versprechen keineswegs untreu geworden.

Ganz objektiv und aus bester Quelle schöpfend, berichtet dann Melegari weiter, daß die mobilisierten Schweizer Milizen aufgebracht seien über die kärgliche Dotierung der Truppen mit Militärpferden und es schon schwierig sei, sie zu beschwichtigen wegen der in einigen wenigen Ausnahmefällen erteilten Bewilligung zur Erfüllung bereits früher abgeschlossener Lieferungsverträge mit dem Ausland. Das Militärdepartement habe versucht, von der österreichischen Regierung das Einverständnis zu erhalten für den Ankauf von zirka 1000 kriegstüchtigen Pferden aus den ungarischen Provinzen. Die zu diesem Behufe nach Wien entsandten schweizerischen Offiziere seien aber auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen, und man habe sich mit einem absoluten Aufkaufsverbot abfinden müssen. Zur Zeit hoffe man, ob begründeterweise wisse er, Melegari, zwar nicht, daß die Schweiz von Rußland und sogar von Ägypten beliefert bekomme, was ihr Österreich strikte verweigert habe. An Hand zuverlässiger statistischer Unterlagen habe er sich davon überzeugen können, daß die Schweiz über nicht mehr als 100000 Pferde verfüge. Hievon würden allein für Armeezwecke 20000 benötigt. Nach Auffassung von Sachverständigen sei dieser Bestand sowohl für zivilwirtschaftliche wie für militärische Ansprüche absolut unzulänglich. Bundesrat Dubs habe gesprächsweise den Vorschlag gemacht, Italien möge sich, wie früher schon, für einen Teil seines Armeetrains solcher Pferde aus der Schweiz bedienen, die hier landbedingter Schwierigkeiten wegen für den Dienst als ungeeignet erklärt

¹ Der Bericht Melegaris findet sich im Historischen Archiv des italienischen Außenministeriums in Rom, Akten «Svizzera 1864–1879».

und daher zur Ausfuhr freigegeben würden, wie denn auch zum gleichen Verwendungszweck mit Vorteil schon Gebrauch gemacht worden sei von Mauleseln, deren es in Graubünden und im Wallis eine große Zahl gebe. Es sei ganz ausgeschlossen, habe Dubs erklärt, daß der Bundesrat auf seinen Ausfuhrverbotbeschuß unter diesen Umständen zurückkomme oder diesen auch nur mildern werde oder könne.

Objektive Beurteilung der Sachlage und vielleicht auch etwas Sinn für Humor mögen Melegari dazu bewogen haben, seiner Regierung den Vorschlag von Bundesrat Dubs nicht vorzuenthalten. Ob sich Italien damit wirklich und letztlich zufrieden gab, geht aus dem betreffenden diplomatischen Schriftwechsel nicht hervor.

Die parteipolitische Arbeit in der Roten Armee während des deutsch-sowjetischen Krieges (1. Teil)

Peter Gosztony

Einleitung

Auf der erweiterten Konferenz von Arbeitern und Rotarmisten im Moskauer Rogoschsko-Simonowski-Stadtbezirk hielt am 13. Mai 1920 W. I. Lenin eine kurze Ansprache. Hier prägte er einen Satz, der in der Folge Leitgedanke der politisch-ideologischen Erziehung innerhalb der Roten Armee wurde. Lenin sagte wörtlich: «In jedem Krieg hängt der Sieg in letzter Instanz vom Kampfgeist der Massen ab, die auf dem Schlachtfeld ihr Blut vergießen¹.» Diese Erkenntnis gewann der Führer des bolschewistischen Rußlands aus dem Studium des Ersten Weltkrieges, insbesondere aus der Verhaltensweise der russischen Soldaten, die gezeigt hatte, daß die Angehörigen der zaristischen Armee letzten Endes nicht wußten, wofür sie ihr Leben einsetzten².

Mit dem Sieg der bolschewistischen Revolution in Rußland beziehungsweise mit der Etablierung des Regimes wurde großes Gewicht auf die parteipolitische (ideologische) Erziehung innerhalb der neu aufgestellten Armee gelegt. Später, nach der Beendigung des Bürgerkrieges, sorgte eine Sonderabteilung des Verteidigungskommissariates für diese Aktivität, die mit der Zeit den Namen Politische Hauptverwaltung der Roten Armee bekam.

In den letzten dreißiger Jahren, unmittelbar vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, verlief die parteipolitische Arbeit in der Roten Armee (und in der Roten Flotte) dreispurig: An erster Stelle stand das Parteikomitee des Verteidigungskommissariates, das die Parteimitglieder der Streitkräfte betreute. Der Zentralausschuß der Jungkommunisten (Komsomol) in der Armee sorgte für seine Mitglieder, für die Komsomolzen. Parallel zu beider Tätigkeit verlief die Arbeit der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee. Die Politische Hauptverwaltung hielt in Friedenszeit die Verbindung zu den Truppen durch die Territorialen Politischen Verwaltungen aufrecht. Bei den Truppenverbänden befanden sich in jener Zeit die Politischen Abteilungen, die ihrerseits durch die Kommissare (Politruks) bis hinunter zu den Bataillonen beziehungsweise Artillerieabteilungen (zeit-

weilig bis zur Kompanieebene) ihre Erziehungs- und politische Kontrolltätigkeit ausüben ließen.

Die Kommissare, die zeitweilig auch die Funktion eines stellvertretenden Kommandanten für politische Angelegenheiten trugen (Zampolit), hatten Offiziersfunktion. Die Abschaffung der Offiziersränge in der Roten Armee wurde bereits Mitte der dreißiger Jahre aufgehoben. Kommandanten der Roten Armee erhielten vorerst persönliche Ränge, daneben wurden 1935 die ersten Marschälle ernannt, und 1940 begann man mit der allgemeinen Rangeinführung in der Armee und in der Flotte. Auch die Grußpflicht wurde wieder eingeführt, und mit der Festigung der Stellung der Offiziere mußten die Kommissare ihre Gleichstellung mit den jeweiligen Truppenoffizieren aufgeben. Unmittelbar vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges war der Kommissar ein Zampolit.

Am 1. Januar 1941 hielten die Rote Armee und die Rote Flotte 4 207 800 Mann unter Waffen. Davon waren *nur* 560 000 Soldaten Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion³. Dem Komsomol gehörten zur gleichen Zeit etwa 2 Millionen Rotarmisten an. Etwa 80 % des Offizierskorps waren Mitglieder der Partei oder des Komsomols⁴. Diese Zahlen beweisen, daß die politisch-ideologische Arbeit innerhalb der Armee für die sowjetische Führung eine ernste und notwendige Angelegenheit war.

Wie gestaltete sich die ideologische Arbeit innerhalb der Armee? Was waren deren sichtbare Merkmale und Methoden?

Man wollte in erster Linie Aktivität und politische Überzeugung der Kommandanten und der Mannschaften fördern. Die politische Linie der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung (in dieser Reihenfolge!) sollte jedem Mitglied der Streitkräfte bekannt gemacht werden. So wurden während der Ausbildungszeit innerhalb der Truppen politische Kurse organisiert, wo gemeinsam die Tagespresse gelesen und ausgewertet wurde. Divisions- und Brigade-Parteischulen sorgten für die marxistisch-leninistische Aus- und Fortbildung der Kommandanten und Unteroffiziere. Außer den regelmäßigen politischen Kursen bei den Truppen wurden Vorträge gehalten, Frage- und Antwort-Abende organisiert, zu denen man bekannte politische Persönlichkeiten der Umgebung einlud, oder man veranstaltete Treffen mit Veteranen des Bürgerkrieges beziehungsweise mit Vertretern des öffentlichen Lebens der Sowjetunion. Bei den Truppeneinheiten war der Mittelpunkt der politisch-ideologischen Arbeit die sogenannte Lenin-Stube, eine Art Museum und Klubzimmer, wo die Handbibliothek untergebracht war und wo man in der Regel die politischen Kurse abhielt.

Die Tätigkeit des Kommissars, der all diese Veranstaltungen organisierte und durchführte, wurde durch die Militärpresse kräftig unterstützt. Außer den zentralen Militärzeitungen erschienen im Jahre 1941 21 territoriale und 22 Armee-beziehungsweise Flottenzeitungen mit insgesamt 1 840 000 Exemplaren täglich. Diese Zeitungen, von erprobten KP-Mitgliedern redigiert, hatten die Aufgabe, ihre Leserschaft im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen und ihr alle Hilfe zukommen zu lassen, die zu einer erforderlichen militärischen Ausbildung sowohl waffentechnisch als auch politisch als notwendig erachtet wurde.

Die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes

Seit Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam und der Rechtsradikalismus in Europa Fuß faßte und sich verbreitete,

³ «A szovjet fegyveres erök ötven éve» («Fünfzig Jahre Sowjetarmee»), S. 240, Budapest 1969 (aus dem Russischen übersetzt).

⁴ Ebenda.

¹ W. I. Lenin, «Werke» XXXI, S. 125, Berlin 1959.

² Siehe dazu ausführlich Gerhard Wettig, «Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917», «Forschungen zur osteuropäischen Geschichte» XII, Wiesbaden 1967.